

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Februar 2013 Nr. 153

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Auf die Plätze, fertig, los: aller Voraussicht nach startet im Sommer die Unterschriften-sammlung für das Referendum gegen die milliardenteure Verschleuderung von Steuergeldern für die Gripen-Kampfbomber. Unser Widerstand ist nicht nur innenpolitisch von Bedeutung, sondern könnte auch der schwedischen Rüstungsindustrie ernsthaften Schaden bereiten. Mehr dazu auf Seite 5. Kürzlich konnte man in den Zeitungen lesen, dass rund zehn Prozent der stellungspflichtigen jungen Männer einen Eintrag im Strafregister haben. Einen grossen Teil davon nimmt die Armee trotzdem auf und schätzt sie offenbar nicht als Sicherheitsrisiko ein. Haben wir also schon eine Rambo-Armee? Gewisse AnhängerInnen der Wehrpflicht behaupten ja gerne, dass mit deren Aufhebung nur noch Rambos in die Armee gehen würden.

Dass viele junge Männer mit Strafregistereintrag in der Armee Dienst leisten, hat kaum etwas damit zu tun, ob die Wehrpflicht nun weitergeführt wird oder nicht. Interessant ist die Angst vor einer Rambo-Armee aber trotzdem, denn sie offenbart, dass auch unter den ArmeebefürworterInnen ein ziemlich düsteres Bild von der Attraktivität der Armee vorherrscht. Wenn man den Zwang zum Militärdienst aufhebt, dann würde sich nur noch ein Sammelsurium von potentiellen Gewalttätern, Verrückten und Perspektivlosen zum Dienst melden, so die Befürchtung. Das spricht nicht gerade für die Schweizer Armee, die ja angeblich die beste der Welt sein soll.

Wer etwas gegen die Rambos in der Armee unternehmen will, der muss nicht an der Wehrpflicht festhalten. Vielmehr müsste die Armee von Grund auf umgekrempelt werden. Wahrscheinlich müssten die Umwälzungen aber so grundlegend sein, dass man die Armee gar nicht mehr als solche erkennen würde. Deshalb bleibt die Abschaffung der Armee auch hier das tauglichste Mittel. Weitere Informationen und Argumente zur Aufhebung der Wehrpflicht kann man auf den Seiten 3 und 4 dieser Zeitung nachlesen.

Für das Redaktionsteam: Felix Birchler

Einladung zur GSoA-Vollversammlung 2013

(sp) Die Vollversammlung der GSoA findet am Sonntag 21. April, um 10.15 Uhr, im Restaurant Kreuz in Solothurn statt. Dieses Jahr wird sich die VV vor allem um den unmittelbar bevorstehenden Abstimmungskampf zur Wehrpflichtinitiative und natürlich das Referendum gegen die neuen Kampfflugzeuge drehen. Der GSoA steht mit diesen zwei parallel laufenden Kampagnen ein sehr intensiver Sommer bevor. An der Vollversammlung wollen wir das Jahr in Diskussionen und Workshops genauer planen und viele Ideen für kreative Aktionen sammeln. Das genaue Tagesprogramm wird rechtzeitig auf der GSoA-Homepage veröffentlicht. Wir freuen uns auf zahlreiche TeilnehmerInnen, viele interessante Inputs und wichtige Entscheidungen an der Vollversammlung.

Die GSoA offeriert ein feines Mittagessen im Restaurant Kreuz. Wer gerne mitessen möchte, meldet sich bitte an per E-Mail an gsoa@gsoa.ch, per Post (GSoA, Postfach, 8031 Zürich) oder telefonisch unter 031 301 82 09.

Asylgesetz-Abstimmung am 9. Juni



Geschafft: das Referendum gegen die Verschärfungen im Asylgesetz konnte eingereicht werden

(kj) Das Referendum gegen die dringlichen Verschärfungen im Asylgesetz ist mit über 63'000 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Der Erfolg der Unterschriftensammlung ist ein wichtiges Zeichen für eine solidarische Migrationspolitik, welche die Menschenrechte in den Vordergrund stellt.

Die dringlichen Verschärfungen, gegen die das Referendum ergriffen wurde, richten sich direkt gegen Flüchtlinge und Asylsuchende. Das Botschaftsverfahren wurde abgeschafft, um Flüchtlinge davon abzuhalten in die Schweiz zu kommen. Die Einführung von besonderen Zentren für «Renitente» öffnet der Willkür Tür und Tor. Dazu kommt ein Freipass für den Bundesrat, der es erlaubt, mit den Beschwerdefristen leichtfertig zu spielen.

Und nicht zuletzt und für die GSoA besonders störend: Kriegsdienstverweigerern wird die Schutzwürdigkeit abgesprochen. Davon betroffen sind insbesondere Flüchtlinge aus Eritrea. Die Menschenrechtssituation im ostafrikanischen Land ist prekär. Wehrdienstverweigerern und Deserteuren drohen Verhaftung und Folter. Auch wenn weiterhin keine Rückschaffungen nach Eritrea zu erwarten sind, wird sich die Situation für eritreische Deserteure in der Schweiz verschlechtern. Kriegsdienstverweigerung braucht Mut und darf nicht mit einem prekären Aufenthaltsstatus in der Schweiz abgestraft werden. Die GSoA setzt sich mit diesem Referendum dafür ein, dass Deserteuren weiterhin Schutz geboten wird: Denn Deserteure schützen, heisst Frieden fördern!

Ostermarsch: Hand in Hand – für eine faire Asylpolitik

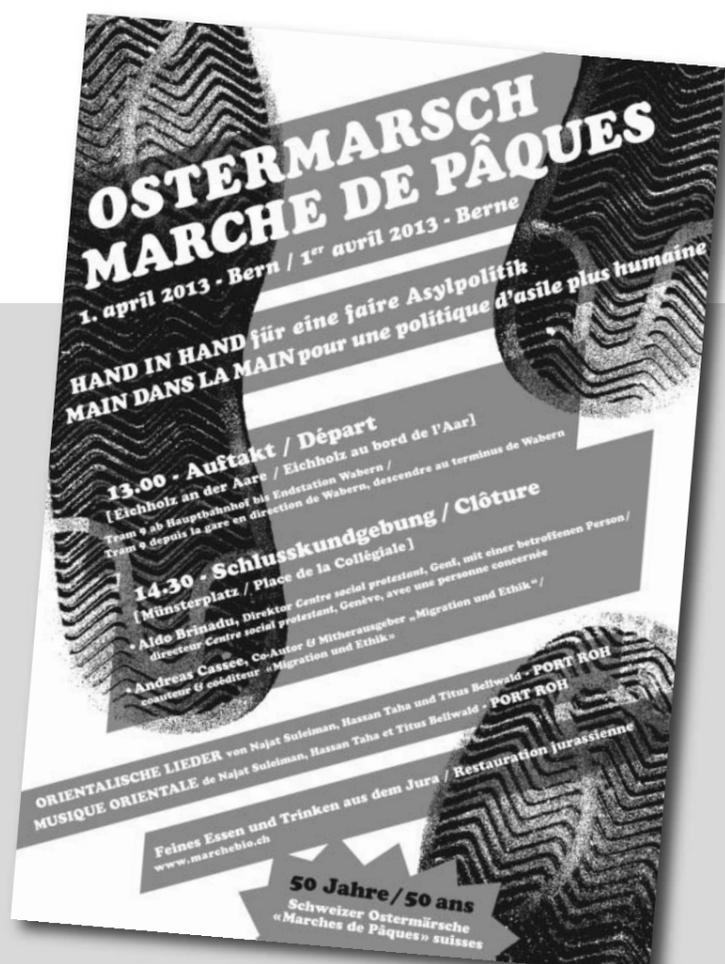
(sp) Am 1. April findet der 50. Ostermarsch in der Schweiz statt. Dieses Jahr nimmt der Berner Ostermarsch das Thema der Asylgesetzverschärfung auf. Mit folgendem Text ruft er zu mehr Solidarität und weniger Angst und Hetze in der Asylpolitik auf:

«Die Verschärfung des Asylgesetzes fördert Angst und Ausgrenzung. Einer solchen Gesellschaft widersetzen wir uns. Wir wollen in einer Gemeinschaft leben, die schutzsuchenden Menschen die Hand reicht. Deshalb setzen wir ein Zeichen für ein faires und menschliches Asylgesetz,

- das Menschen schützt
- in dem Desertion und Militärdienstverweigerung ein Asylgrund bleibt, denn Deserteure leisten einen mutigen Beitrag zum Frieden
- das Ausdruck einer solidarischen Gesellschaft ist und damit einen Beitrag für eine friedliche Welt leistet.»

Mit Musik, Referaten, gutem Essen und hoffentlich auch gutem Wetter werden wir zusammen den Ostermarsch begehen und freuen uns auf viele TeilnehmerInnen, damit wir ein starkes Zeichen gegen die Asylgesetzverschärfung setzen können! Zusätzliche Informationen finden sich unter www.ostermarschbern.ch

Am Bodensee findet auch dieses Jahr wieder der Friedensweg statt, dieses Mal von Konstanz nach Kreuzlingen mit dem Thema «Bettelarm und steinreich – weltweit und bei uns».



VOLKSABSTIMMUNG IN ÖSTERREICH

Ein Ja zum Zivildienst

Am 20. Januar haben sich die österreichischen StimmbürgerInnen gegen die Schaffung eines Berufsheeres ausgesprochen. Eine freiwillige Miliz, wie sie die schweizerische Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht!» zur Folge hat, stand hingegen nicht zur Diskussion.

Von Nikolai Prawdzc

Österreichs PolitikerInnen tun sich schwer mit der Wehrpflicht. Während sich vor Kurzem noch die konservative ÖVP für die Abschaffung der Wehrpflicht einsetzte und die SPÖ für die Beibehaltung, wechselten die jeweiligen Parteiführungen unter anderem aus wahltaktischen Gründen im Eiltempo ihre Meinungen. Das Resultat der Schwenker und Wirren zwischen den beiden Koalitionspartnern war eine in Österreich erstmals national durchgeführte Volksbefragung.

Die Stimmbeteiligung war höher als erwartet und das Ergebnis klar. Bei einer Beteiligung von 52,4 Prozent, stimmten 60 Prozent für den status quo und somit für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Auffallend ist das unterschiedliche Stimmverhalten zwischen der jüngeren und den älteren Generationen. Die über Dreissigjährigen stimmten deutlich gegen einen Systemwechsel, während die Jüngeren sich ebenso deutlich dafür aussprachen. Frauen unter

dreissig stimmten sogar mit 72 Prozent für die Abschaffung der Wehrpflicht. Aufhorchen lassen die Ergebnisse von Meinungsforschern, welche die Motivation der Stimmenden untersucht haben. Eine Mehrheit der Wehrpflicht-BefürworterInnen gab an, für die Beibehaltung gestimmt zu haben, weil sie die Abschaffung des zivilen Wehrersatzdienstes ablehnen wollte.

Zivildienst profitiert

Die im österreichischen Super-Wahljahr zur Schicksalsfrage hochstilisierte Abstimmung bot trotz hitziger Debatte wenig Sachlichkeit, dafür viel Parteipolitik. Die Frage nach Sinn und Zweck des österreichischen Heeres wurde nur am Rande der Diskussionen gestellt. Die Parteien sahen die Volksbefragung vielmehr als Test für die im Herbst stattfindenden Nationalratswahlen. Zudem drehte sich die inhaltliche Auseinandersetzung überraschenderweise stärker um den zivilen Ersatzdienst als um den eigentlichen Militärdienst. ÖVP und FPÖ, die den Zivildienst jahrelang bekämpft hatten, machten seine Bewahrung zum inhaltlich zentralen Thema. Die SPÖ, die ein freiwilliges Sozialjahr vorgeschlagen hatte, konnte die grosse Mehrheit der WählerInnen nicht überzeugen. Dennoch kann trotz der deutlichen Zustimmung für die Beibehaltung

der Wehrpflicht von einer Stärkung des Zivilen gesprochen werden. Keine österreichische Partei beschimpft mehr die Männer, die sich gegen den Dienst an der Waffe entscheiden. Zudem sind ÖVP und SPÖ gewillt, die Dauer des Zivildienstes von heute neun Monaten an die sechs Monate des Militärdienstes anzupassen.

Friedensbewegung im Dilemma

Die Option zwischen Wehrpflicht und Berufsarmee spaltete die Friedensbewegung in ein Pro- und Kontra-Lager. Einerseits lehnten alle Friedensorganisationen den Militärzwang ab, andererseits beurteilten sie den Aufbau einer Berufsarmee gänzlich unterschiedlich. Die Angst vor einem professionalisierten Heer, das

sich stärker als bisher an Kampfeinsätzen im Ausland beteiligen könnte, sahen viele als schlechtere Option an. So war auch die regierende SPÖ, die der Debatte den Anstoss gab, in der Frage gespalten. Dass es die grossen Parteien im Abstimmungskampf verpasst haben, die Institution Armee als Ganzes zu hinterfragen, wird wohl die ablehnende Haltung gegenüber dem Systemwechsel verstärkt haben.

Österreich hat mit der falschen Fragestellung die Möglichkeit verpasst, über eine auf Freiwilligkeit basierende Milizarmee abzustimmen. Dem armeekritischen Teil der Bevölkerung, der einer professionalisierten Kampftruppe ablehnend gegenüber stand, blieb so nur die Option für die Wehrpflicht zu stimmen oder leer einzulegen.



FREIWILLIGE MILIZ

Keine zusätzliche Rambo-Gefahr

Während die MilitaristInnen zur Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» das alte Lied des Landesverrates singen, kommen vereinzelt auch kritische Stimmen von linker Seite.

Von Nikolai Prawdzc

Dahinter steckt die Angst vor einem Kontrollverlust über das militärische staatliche Gewaltmonopol, die Angst, vor einer Armee, die nicht mehr im Volk abgestützt sei und nur noch aus durchgeknallten Rambos bestünde. Zur Verhinderung einer solchen Armee müssten die Menschen gezwungen werden, Militärdienst zu leisten. Diese Logik besagt: Je mehr Personen Teil der Armee sind, desto ungefährlicher ist diese, weil alle politischen Richtungen in gleichem Masse wie in der Gesellschaft auch in der Armee abgebildet seien. Ein alter Mythos, der mit der real existierenden Wehr-

pflcht je länger je weniger zu tun hat. Seit der Einführung des Zivildienstes in den 90er-Jahren (eine Errungenschaft, zu der auch die GSoA viel beigetragen hat) sind in der Armee die kritischen Stimmen ohnehin viel seltener geworden. Sie leisten heute Dienst im Altersheim, auf dem Bauernhof oder in Entwicklungsprojekten. Ist die Errungenschaft eines zivilen Ersatzdienstes deswegen etwa abzulehnen? Wieso die Männer nicht ganz vom militärischen Zwang befreien?

GegnerInnen der Initiative behaupten oft, dass Wehrpflichtarmeen weniger gefährlich seien, als eine freiwillige Miliz. Die Geschichte widerspricht dieser Meinung. Was für Armeen stürzten 1973 Chiles demokratisch gewählten Präsidenten Allende, putschten unter den Obristen in Griechenland zur Errichtung einer Militärdiktatur und mit welcher Armee zog das Dritte Reich in den Krieg? Es handelte

sich wie auch bei den tödlichen Einsätzen der Schweizer Armee gegen Streikende beim Landesstreik 1918 und gegen die antifaschistische Demonstration 1932 in Genf, um Wehrpflicht-Armeen.

Armee als Risiko für die Demokratie

Die Aufhebung des Militärzwangs bringt keine Abschaffung der Armee, doch sie verschont jährlich Tausende junge Männer vor einem unnützen Opfer. Wir sind uns bewusst, dass – solange die Armee existiert – sie ein Risiko für Demokratie und Menschenrechte bleibt. Ob Wehrpflicht oder freiwillige Miliz: Soldaten, die weitermachen wollen, gehören bereits heute schon oft zu jenem Schlag, der in der öffentlichen Debatte die Bezeichnung «Rambo» trägt. Ändern würde sich in dieser Hinsicht nicht viel. Auch die Aussage, bei einer Annahme der Initiative würde die verschiedenen

Milieus nicht mehr vertreten sein, geht an der Realität vorbei. Denn sie sind es bereits in der heutigen Armee von Wehrpflichtigen nicht. Bauarbeiter werden bei den Genietruppen eingeteilt, Akademiker bei den Übermittlern, Mechaniker bei den Panzerverbänden. Die gesellschaftliche Durchmischung ist in jeder Pfadiabteilung weit höher als in der Armee.

Das Rekrutierungsverfahren ist längst zur Farce geworden und an Willkür nicht zu übertreffen. Urbane Gebiete sind völlig untervertreten und ländliche übervertreten. An der Aushebung werden viele schlecht oder gar nicht über ihre Rechte und Alternativen zur Armee informiert. Wer besser Bescheid weiss, kommt leicht vom Militär weg.

Keine Wehrpflicht und die Verhinderung einer Berufsarmee, das sind die Folgen der GSoA-Initiative. Während der militärische Zwang aufgehoben wird, ermöglicht die Initiative den Ausbau eines Zivildienstes, der nicht bloss Ersatzdienst ist, und der Männern und Frauen jeglichen Alters sowie jeder Herkunft offen steht.

MILITÄRTRADITIONALISMUS

Das Ende der Kavallerie

Die heutigen Diskussionen über die Wehrpflicht erinnern frappant an die Zeit, als die Schweiz die Kavallerie abschaffte.

Auch damals stand ein militärisches Relikt aus einer vergangenen Zeit zur Debatte.

Von Andreas Weibel

Vor ziemlich genau vierzig Jahren stritt die Schweiz über den Fortbestand der Kavallerie. Die Schweiz war damals das letzte europäische Land, dessen Armee noch solche Einheiten besass. Wohlgerichtet, wir sprechen hier nicht von Train-Kolonnen für Transporte in unwegsamem Gelände. Die Rolle der Kavalleristen war tatsächlich noch, mit ihren Rössern auf dem Schlachtfeld zu kämpfen – eine absurde Vorstellung in

einer Zeit, in der die Menschen sich vor dem Einsatz von Atomwaffen fürchten mussten.

Die Zukunft der Kavallerie bewegte das Volk: Vor der Debatte im Parlament hatten die Kavallerieverbände eine Petition mit mehr als 430'000 Unterschriften eingereicht. Für die Anhänger der Kavallerie war diese Truppengattung ein «militärisch zentrales Glied im Bollwerk gegen die Bedrohung aus dem Osten, speziell geeignet für die Topographie unseres Landes». Den Kavalleristen sahen sie als Prototypen des Bürgers und Soldaten. Die Traditionen der Kavallerie seien ein unersetzliches Element des Vertrauens zwischen Armee und Volk, unverzichtbar für den Zusammenhalt des Landes.

Aus finanzpolitischen und aus militärischen Überlegungen entschied sich das Parlament am Ende dennoch, auf die Kavallerietruppen zu verzichten.

Ein Relikt der Vergangenheit

Niemand bereute schlussendlich die Abschaffung der Kavallerie. Sie war zu einem Relikt geworden, längst überholt von der sicherheitspolitischen und militärtechnischen Entwicklung in Europa.

Auch die Wehrpflicht ist in Europa zu einem Relikt geworden. Allein seit 2010 haben unter anderem Deutschland, Schweden und Serbien die Wehrpflicht aufgehoben. Die einzigen verbleibenden Wehrpflichtländer westlich von Weissrussland sind Griechenland, Österreich, Finnland, Norwegen – und die Schweiz.

Der Grund für das Ende der Wehrpflicht in

Europa ist offensichtlich. Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Bedrohungslage in Europa in doppelter Hinsicht fundamental geändert. Es ist erstens aus politischen wie auch aus wirtschaftlichen Gründen auf absehbare Zeit undenkbar geworden, dass es in West- und Mitteleuropa zu einem militärischen Konflikt zwischen zwei Nationalstaaten kommt.

Bedrohungen des letzten Jahrhunderts

Noch wichtiger sind jedoch weitere Entwicklungen. Die Staaten in Europa haben in den letzten Jahren nicht nur ihren Willen aufgegeben, einen innereuropäischen Krieg zu führen, sondern auch die Fähigkeit dazu. Sowohl die Ausrüstung, die Ausbildung wie auch die Militärdoktrin der Staaten in unserem Umfeld würden es schlicht nicht mehr erlauben, eine klassische kriegerische Auseinandersetzung mit einem anderen Staat auszutragen. Stattdessen fokussieren die anderen europäischen Armeen sich auf die Möglichkeit, ihre Interessen in asymmetrischen Konflikten in der Ferne durchzusetzen. Die Schweiz beteiligt sich an diesen Abenteuern nicht – auch dank dem Druck der GSoA.

Die Anhänger der Kavallerie sind vor 40 Jahren der Versuchung erlegen, die Sicherheit der Schweiz mit Traditionen und den eigenen positiven Erinnerungen an die Dienstzeit zu verwechseln. Dieser Versuchung erliegen die Militärtraditionalisten auch heute wieder. Aber der Sicherheit der Schweiz ist nicht gedient mit einem Massenheer, das auf die Bedrohungen des letzten Jahrhunderts zugeschnitten ist. Denn das Massenheer liefert keine Antworten auf die Bedrohungen der Zukunft wie beispielsweise die Klimakatastrophe, Ressourcenengpässe und zunehmende Ungleichheit auf globaler Ebene wie auch innerhalb der Schweiz.



FREIWILLIGER ZIVILDienst

Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor

Die Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» sieht vor, dass in der Bundesverfassung festgeschrieben wird: «Die Schweiz hat einen freiwilligen Zivildienst». Einige Gedanken dazu, wie ein solcher freiwilliger Zivildienst aussehen könnte.

Von Stefan Dietiker

Nationalrat Balthasar Glättli antwortete in der Wehrpflichtdebatte im Nationalrat auf die Frage, ob überhaupt jemand freiwillig Zivildienst macht: «Die Schweiz ist eine Armee, sie ist eine Milizarmee, sie ist eine Armee von Menschen, die sich in ihrer Freizeit für unser gemeinsames Wohl einsetzen. 2,4 Millionen Menschen setzen sich Woche für Woche freiwillig für unsere Gemeinschaft ein. Das ist es, was ich wahre Miliz nenne! Das ist es, was ich Dienst an der Gemeinschaft nenne! Das ist es, was wirklich freiwilliges Engagement bedeutet!»

Care statt Wehr!

Damit spricht er mir aus dem Herzen. Viele junge Menschen engagieren sich täglich im Fussballklub, im Judoklub, in der Jungwacht

und in zahllosen weiteren Vereinen. Doch nicht nur solches Engagement sollte in der Schweiz mehr Beachtung finden. Längst rufen nicht nur Feministinnen dazu auf, der Care-Ökonomie mehr Beachtung zukommen zu lassen. Schliesslich ist das Arbeitsvolumen, das Frauen in Bereichen wie der Erziehung, der Betreuung und der Pflege leisten, grösser als das Gesamtvolumen der geleisteten Erwerbsarbeit (siehe dazu das Diskussionspapier des WIDE Debattierclubs). Doch gerade Frauen dürfen in der Schweiz keinen Zivildienst leisten.

Ein Blick nach Deutschland

Mit der Aufhebung der Wehrpflicht in Deutschland wurde gleichzeitig der Bundesfreiwilligendienst eingeführt. Was bei uns nicht gehen soll, macht in Deutschland Schlagzeilen. So titelte die Frankfurter Rundschau letzten November «Bundesfreiwilligendienst ist gefragt». Der Artikel stellt fest, dass die durch den Wegfall des Zivildienstes im Sommer 2011 entstandene Lücke vollständig ausgefüllt werden konnte.

Was aber besser sein könnte, ist der Verdienst im Bundesfreiwilligendienst. Freiwillige kriti-

sieren, dass die Entlohnung schlecht ist. Die Sozialdemokraten in Deutschland fordern seit der Einführung, dass die Freiwilligen gleichviel verdienen sollen wie Soldaten. Sie bekommen für ihre Arbeit zurzeit nur ein Taschengeld von maximal 330 Euro pro Monat, während Soldaten einen Sold von 1000 Euro pro Monat erhalten. In der Schweiz ist immerhin der gleiche Lohn für Zivildienstleistende und Soldaten via Erwerbsersatz (EO) bereits Tatsache.

Die Menschen zu ihrem Glück zwingen?

In der Schweiz machte erst kürzlich die Idee von Avenir Suisse für eine Allgemeine Dienstpflicht Furore. Nicht neu ist der Diskurs, dass die Jugend faul sei. Kann da ein allgemeiner Zwangsdienst die Antwort sein? Mir gefällt der Gedanke auch, dass jede und jeder etwas für unsere Gesellschaft macht. Doch welcher Weg führt zu einer solidarischen Gesellschaft? Die Zahlen zeigen, dass es bereits jetzt unzählige Menschen gibt, die tagtäglich freiwillige Arbeit leisten, unbezahlt und ohne staatlichen Zwang. Etwas für die Gesellschaft machen heisst, dem Nachbarn helfen den Wäschekorb

raufzutragen oder der Arbeitskollegin den Briefkasten zu leeren und die Blumen zu giessen, wenn sie in den Ferien ist. Solche Arbeit, die im Kleinen verrichtet wird, hält uns zusammen. Wenden wir uns ab vom Gesellschaftsbild, das uns über Staat und Nation definiert! Fragen wir uns, wie wir die gegenseitige Hilfe stärken können, die heute tagtäglich im Privaten, in der Nachbarschaft oder in der Gemeinde geschieht. Ein freiwilliger Zivildienst ist ein Schritt in diese Richtung.

SAAB

Zum Greifen nahe

Die Entwicklung von Kampfjets wird immer teurer. Falls sich die Schweiz gegen den Kauf neuer Kampfjets aussprechen wird, könnte das den schwedischen Rüstungskonzern Saab in den Ruin treiben. Denn ausser der Schweiz sind weit und breit keine Abnehmer für den Gripen in Sicht. Von Adi Feller

In der Schweiz schleicht der Gripen-Deal momentan durch die parlamentarischen Institutionen. Sowohl die Mehrheit der Finanzpolitischen Kommission wie auch der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates haben sich für den Kauf ausgesprochen. In der März-Session wird das Plenum des Ständerates über das Rüstungsprogramm befinden, in der Juni-Session der Nationalrat. Erfreulicherweise hat sich neben der SP und den Grünen nun auch die GLP explizit gegen den Kauf neuer Kampfflugzeuge ausgesprochen. Bei den anderen bürgerlichen Parteien ist

jedoch keine Opposition zu erwarten. Wenn also im Parlament keine wundersamen Fügungen eintreten, wird das für den Kauf notwendige Gripen-Fonds-Gesetz wohl angenommen. Damit ist der Weg frei für die hunderttägige Referendumsfrist und die Unterschriftensammlung, die wir voraussichtlich ab Mitte Juni in einem breiten Bündnis angehen werden. Dieses Referendum und die nur einige Monate später folgende Abstimmung werden nicht nur für die Schweiz bedeutsam sein.

Ein Saab ging schon pleite...

Erst letztes Jahr ging der schwedische Automobilhersteller Saab bankrott. Dieser gehörte bis 1990 zu Saab AB. Das ist der Rüstungskonzern, der die Gripen-Kampfjets herstellt. Und auch Saab AB sitzt auftragsmässig auf dem Trockenen. Saab konnte sich zwar mit den letzten Versionen des Gripen (C/D) in einem «Billig»-Segment für Kampfjets plat-

zieren und so in gewissen Ländern Verkaufserfolge erzielen (Südafrika, Thailand) oder Leasing-Verträge abschliessen (Tschechien und Ungarn). Diese Verkäufe waren jeweils begleitet von Schmiergeldzahlungen im Windschatten von Gegengeschäften und ernstzunehmenden Korruptionsvorwürfen. Mit dem Gripen E versucht Saab nun den ganz Grossen im Rüstungsgeschäft Konkurrenz zu machen.

12.7 Milliarden Franken Kosten in Schweden

Die Weiterentwicklung, der Betrieb und der Kauf von 60 neuen Gripen E Kampfflugzeugen soll den schwedischen Staat 90 Milliarden schwedische Kronen (ca. 12.7 Milliarden Schweizer Franken) kosten. Bedenkt man dabei, dass bisher kein schwedisches Kampfflugzeug ohne massive Budgetüberschreitungen produziert wurde, sind diese Zahlen mit Vorsicht zu geniessen. Und die Regierung Schwedens hat sich ein Rücktrittsrecht vorbehalten für den Fall, dass es neben Schweden keine weiteren Käufer gibt. Diese Abnehmerländer findet der Rüstungskonzern nicht:

Neben der Schweizer Absichtserklärung befinden sich die Gripen-Kampfjets nur noch in Brasilien in einem seit Jahren andauernden Auswahlverfahren. Doch gegen die US-amerikanische und französische Konkurrenz wird er sich nicht durchsetzen können.

...ein anderer Saab könnte folgen

Die Parlamentsmehrheit für die Gripen-Beschaffung in Schweden täuscht. Denn es existiert ein breit abgestützter, zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen den militärisch-industriellen Komplex rund um Saab und die seit Jahrzehnten stattfindende Geldausschüttung in dieses Fass ohne Boden. Wenn die Schweiz aus der Gripen-Beschaffung aussteigt, steht auch einem Rückzug des schwedischen Staates nicht mehr viel im Wege. Das würde Saab als Produzent von Kampfjets nicht überleben. Mit dem Referendum bietet sich uns die Chance nicht nur in der Schweiz eine Milliardenverschwendung zu stoppen, sondern auch einen kräftigen Wink mit dem Zaunpfahl nach Schweden zu schicken. Eine zusätzliche Motivation, um sich für das Referendum gegen den Gripen zu engagieren.

SPARPAKET FÜR GRIPEN

Stahlhelmfraktion im neoliberalen Gleichschritt

Der Kauf des Gripen soll über ein referendumsfähiges Sparprogramm, genannt «KAP», finanziert werden. «KAP» heisst «Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungsprogramm». Die Folgen wären massive Einschnitte im Bundeshaushalt – auf Kosten der Schwächsten.

Von Jonas Zürcher

Die Misere nimmt schon lange ihren Lauf. Steuern werden gesenkt und die Sparwut und Angst vor Defiziten führt zu Leistungskürzungen. Der Staatsabbau trifft in aller Regel jene Bereiche, die nicht nach einer blinden

Leistungs- und Marktlogik rentieren. So treffen Sparmassnahmen regelmässig die Schulen, die Gesundheitsversorgung, den öffentlichen Verkehr und die Sozialwerke. Das neue «KAP» wird genau zu einem solchen Abbau führen.

Kampfjets fordern Opfer

Sollte das Parlament dem Kauf neuer Kampfjets zustimmen, muss beim Bundeshaushalt empfindlich gespart werden. Das «KAP» setzt bei jenen an, die keine grosse Lobby haben. Beispielsweise bei der Behindertengleichstellung im Bahnbereich (vier bis fünf Mil-

lionen Franken) oder bei den Darlehen für Wohnbaugenossenschaften (10 Millionen Franken). Zudem soll auf die Medienförderung verzichtet werden, obwohl das Parlament Kürzungen bei der letzten Revision des Postgesetzes ablehnte. Und die Senkung des Zinssatzes auf der IV-Schuld bei der AHV von zwei auf ein Prozent wird der AHV jährlich ein Loch von 140 Millionen Franken bescheren. Diese Sparwut auf Kosten aller ist zwingend zu durchbrechen. Auch darum werden wir im Sommer mit unseren Bündnispartnern das Referendum gegen den sinnlosen Gripen-Kauf ergreifen.

BUCH- UND FILMTIPP

Wenn Jäger vom Himmel fallen

Zwischen 1959 und 1963 starben 15 Hunter-Piloten der Schweizer Luftwaffe bei Abstürzen. Dieser «Kollateralschaden» des Schweizer Kampfjet-Einsatzes wird im Buch «Schattenflug» und dem darauf aufbauenden Film «volo in ombra» aufgearbeitet. Von Adi Feller

Insgesamt 160 Hunter-Kampfflugzeuge kaufte das Schweizer Militär ab 1958. Davon stürzten 30 Stück ab, viele davon kurz nach der Inbetriebnahme. Bei einem solchen Absturz starb am 25. Oktober 1960 ein 24-jähriger Militärpilot nahe Meiringen, nach nur 28 Flugstunden auf dem Hunter. Am Morgen dieses Tages hatte er seiner Frau versprochen zum letzten Mal zu fliegen. Das Buch «Schattenflug» der Autorin Anna Ruchat verarbeitet die persönlichen Erlebnisse der Tochter des Piloten. Basierend auf den Unfallprotokollen schreibt die Autorin über ihren Umgang mit dem Tod ihres Vaters. Das Buch hat auch eine politische Dimension. So zitiert die Autorin zum Beispiel aus dem

Kondolenzschreiben der Armee. Dort liest man von der «Pflicht, welche für uns Schweizer heilig ist, für die Ihr Sohn gestorben ist».

Die Schweiz im mentalen Kriegszustand

Der bisher erst in italienischer Sprache ausgestrahlte Film «volo in ombra» von Olmo Cerri nimmt diesen Todesfall auf und setzt den tragischen Einzelfall in den grösseren politischen Zusammenhang dieser Zeit. Die Schweiz war in der Mentalität des Kalten Krieges gefangen, militärisch rüstete sie unentwegt auf: 1947-1949 kaufte die Schweiz 175 Kampfflugzeuge vom Typ «Vampire», 1951-1954 erneut 250 vom Typ «Venom». Diese schnelle Aufrüstung führte dazu, dass Flugzeuge schlecht gewartet wurden und die Piloten schlecht geschult waren. Der militärische Grössenwahn kannte keine Grenzen, es existierten sogar Pläne für die Herstellung einer eigenen Atombombe. Sechzehn Militärpiloten mussten den Aufrüstungswahn der politischen Elite mit ihrem Leben bezahlen.



WAFFENEXPORTE

Das Schlupfloch, das keines ist

Die Rüstungsindustrie will mehr Waffen nach Saudi-Arabien liefern. Obwohl die Schweizer Gesetzgebung solche Exporte verbietet, haben die Bundesbehörden erwogen, heimlich die Ausfuhr Tausender Pistolen an das fundamentalistische Regime zu bewilligen. Von Andreas Weibel

Auf dem Papier hat die Schweiz eine der strengsten Kriegsmaterialgesetzgebungen der Welt. Gleichzeitig zählt die Schweiz zu den fünf Ländern, die im Verhältnis zur Bevölkerung weltweit am meisten Waffen exportieren: Pro Kopf produzieren wir deutlich mehr Kriegsmaterial als die USA und mehr als doppelt so viel wie Deutschland. Wie geht das auf? Die Erklärung ist einfach: Unter dem Druck der Rüstungslobby halten sich die Schweizer Kontrollbehörden, das heisst das Seco, nicht an den Text des Gesetzes und der Verordnung. In einer Reihe von entscheidenden Punkten ist die heutige Bewilligungspraxis nicht mit der Gesetzgebung vereinbar.

Bereits 2009 kritisierte eine Gruppe von sieben RechtsprofessorInnen in einem offenen Brief, dass die Schweiz Waffen an Staaten exportiert, die in einen bewaffneten Konflikt

verwickelt sind – obwohl die Kriegsmaterialverordnung (KMV) das verbietet. Der Bundesrat bleibt den Rechtsgelehrten bis heute eine Antwort schuldig. Die Behörden bewilligen weiterhin Ausfuhren an Länder, in denen bewaffnete Konflikte herrschen, beispielsweise Indien. Hinter vorgehaltener Hand hört man als Begründung, dass der Gesetzgeber es ja sicher nicht so strikt gemeint habe mit den bewaffneten Konflikten.

Pistolen für die Diktatur

Weil Saudi-Arabien die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt, sind Waffenlieferungen an dieses Land gemäss der Schweizer Gesetzgebung tabu. Schon seit Jahren bewilligen die Kontrollbehörden dennoch Ausfuhren von Munition an die Diktatur – mit der fantasievollen Begründung, dass Munition unter die Ausnahmeregeln für «Ersatzteile» falle. Der Schweizer Rüstungsindustrie ist das jedoch nicht genug. Mitte Januar hat «10vor10» einen geheimen Brief veröffentlicht, in dem die Spitzen der Industriedachverbände den Bundesrat aufforderten, eine Lieferung von Zehntausenden Pistolen im Wert von 45 Millionen Franken nach Saudi-Arabien zu bewilligen.

Der Deal sollte via die USA abgewickelt werden, damit das Geschäft legal sei. Der Brief verweist dabei auf Artikel 18 des Kriegsmaterialgesetzes (KMG), der Ausnahmeregelungen vorsieht, wenn Kriegsmaterial nicht als Ganzes, sondern als Baugruppen verkauft wird. Artikel 18 KMG sieht jedoch bloss administrative Erleichterungen bezüglich der Einholung von sogenannten Nichtwiederausfuhrklärungen vor. Aber an den Kriterien für die Bewilligung ändert er nichts. Wenn die Gefahr besteht, dass das Kriegsmaterial an einen unerwünschten Endempfänger weitergeleitet wird, müsste das Seco das Exportgesuch laut Artikel 5 der Kriegsmaterialverordnung ablehnen. Mit anderen Worten: Das Schlupfloch, das die Rüstungsindustrie angeblich ausnützen will, existiert gar nicht. Dennoch haben die Kontrollbehörden das Gesuch an den Bundesrat weitergeleitet. Die Begründung lautet wiederum: Der Gesetzgeber wird es ja schon nicht so eng gemeint haben, wie es in der Verordnung steht.

Öffentlicher Druck als einziges Mittel

Jedem Juristen und jeder Juristin stehen bei einer solchen Begründung die Haare zu Berge. Gäbe es eine Möglichkeit, die Entscheide des

Seco vor einem Gericht anzufechten, müsste die Bewilligungspraxis massiv geändert werden. Leider gibt es diese Möglichkeit nicht. Die parlamentarische Geschäftsprüfungskommission wäre die einzige Instanz, welche die Rechtmässigkeit der Bewilligungen der Kontrollbehörde überprüfen könnte. Aber diese Kommission hat weder die Zeit, noch die Ressourcen, noch die Motivation, ihrer Pflicht nachzukommen.

Damit bleiben nur noch die Medien und die Öffentlichkeit, welche die Rolle einer Aufsichtsbehörde einnehmen müssen. Das ist in einem Rechtsstaat unbefriedigend. Immerhin: Dank des öffentlichen Drucks – auch der GSoA – hat der Bundesrat nach dem «10vor10»-Bericht den Pistolendeal mit Saudi-Arabien schlussendlich doch noch gestoppt.



WAFFENRECHT

Selbstjustiz als Zukunftsmodell?

Im Dezember vergangenen Jahres hat ein Zwanzigjähriger in den USA 27 Menschen, darunter 20 Kinder, umgebracht. Kurze Zeit später erschoss ein Mann im Wallis drei Frauen und verletzte zwei Männer. Die Debatte, die anschliessend über diese beiden Ereignisse geführt wurde, zeigte vor allem Eines: Die BefürworterInnen des liberalen Waffenrechts argumentieren immer gefährlicher. Von Martin Parpan

Nachdem der Schock über den Amoklauf in den USA vorüber war, wurde in den hiesigen Nachrichtensendungen, Kommentarspalten und Internet-Blogs diskutiert und analysiert, weshalb die AmerikanerInnen trotz immer wiederkehrenden Massakern nicht endlich strengere Waffengesetze erlassen. Manch einer fragte sich, weshalb Waffenbesitz für viele AmerikanerInnen ein Symbol für Freiheit und Selbstbestimmungsrecht darstellt. Weshalb viele AmerikanerInnen scheinbar das Bedürfnis haben, ihre Sicherheit an den Besitz einer Waffe zu koppeln. Es wurde diskutiert, weshalb es in den USA eine Waffenlobby gibt, die derart mächtig ist, dass sie entscheidenden Einfluss auf die Präsidentschaftswahl nehmen kann. Tatsache ist, dass Amerika betreffend Waffenrecht in vielen Belangen ein abschreckendes Beispiel darstellt. Es ist zu hoffen, dass die seitens Obama beabsichtigten Verschärfungen des Waffenrechts Wirkung zeigen werden.

Schweizer Diskussion

Eine Auseinandersetzung mit der Tragödie in den USA ist auch in der Schweiz angebracht. Auffallend ist allerdings, dass die Debatte in der Schweiz so geführt wurde, als schaute unser Land auf etwas völlig Fremdes. Auf etwas «typisch Amerikanisches», das in der Schweiz ganz und gar undenkbar scheint. Die Schweiz hatte kurze Zeit später ihr eigenes Blutbad. Die Diskussion, die darauf entflammte, erinnerte in ihrer Emotionalität stark an den Abstimmungskampf zur Initiative «Schutz vor Waffengewalt». BefürworterInnen des laschen Waffenrechts konterten die Forderung nach einer Verschärfung mit den bereits bekannten Argumenten: Man dürfe wegen einem Einzelfall nicht den ehrlichen Schweizer Bürger strafen und ihm seine Waffe wegnehmen. Die Waffe sei Symbol helvetischer Tradition und Ausdruck des Vertrauens des Staates in seine Bürger. Dem Schweizer die Waffe zu entziehen wäre ein Eingriff in die persönliche Freiheit des Bürgers und würde alle Waffenbesitzer unter Generalverdacht stellen.

Gefährliche Tendenz

Spätestens jetzt wurde klar, dass die BefürworterInnen des zügellosen Waffenrechts in der Schweiz betreffend Argumentationsweise ihren Gesinnungsgenossen in Amerika näher stehen, als dies mancher wahrhaben will. Das

Gefährliche dabei ist, dass es in der Schweiz ganz offensichtlich vielen Waffennarren immer leichter fällt, ihren Waffenbesitz mit dem Argument der persönlichen Sicherheit zu rechtfertigen. Da auf den Staat kein Verlass mehr sei und unser Land immer mehr von Ausländern und Asylanten bedroht werde, sei der Waffenbesitz für den Schweizer eine gerechtfertigte Notwendigkeit. Der Bürger müsse selber für Recht und Ordnung sorgen, notfalls eben mit Waffengewalt, so die Argumentation. Auf Internet-Blogs werden «amerikanische Verhältnisse» gefordert. Selbstjustiz scheint für diese Kreise kein Tabu mehr zu sein, sondern der anzustrebende Zustand für unser Land. Der Boden für diese gefährliche Entwicklung wird wesentlich unterstützt von nationalkonservativen Kreisen, angeführt von der SVP, die mit ihren ausländerfeindlichen Kampagnen und der Beschwörung vom Niedergang des Staates Stimmung macht.

Fazit

Die Argumente der Waffennarren in der Schweiz unterscheiden sich kaum von denjenigen ihrer Verbündeten in den USA. Besonders gefährlich an dieser Entwicklung ist, dass es unter den BefürworterInnen des laschen Waffenrechts vermehrt Leute gibt, die ihren Waffenbesitz mit dem Recht auf Selbstjustiz rechtfertigen. Diese Tendenz muss uns Sorge bereiten.

MALI

Die neue alte Diskussion

Der französische Militäreinsatz in Mali zeigt symptomatisch, wie sich die Kriegsrhetorik in den letzten zwei Jahrzehnten gewandelt hat – und wie die öffentliche Diskussion abgeflacht ist.

Von Felix Birchler

Seit Mitte Januar führt Frankreich Krieg in Mali. Vor ziemlich genau 20 Jahren schickte der UN-Sicherheitsrat eine Peacekeeping-Mission nach Somalia. Die Idee der humanitären Intervention war fortan in aller Munde, so auch während der NATO-Bombardierungen im Bosnien- und Kosovokrieg. Sie genoss breite Unterstützung – gerade auch in Teilen der friedenspolitischen Linken. Die linken Kriegsbefürworter sind heute weitgehend verstummt, obschon das Konzept der humanitären Intervention auf eine Situation wie Mali ziemlich gut anwendbar wäre. Was hat sich also gewandelt, in den letzten 20 Jahren?

Humanitäre Interventionen

Das Innovative am Legitimationsdiskurs hinter den humanitären Interventionen der 1990er-Jahre war die Fokussierung auf die Opfer von Kriegshandlungen und Menschenrechtsverletzungen. Das Ende des Kalten Krieges brachte die Hoffnung mit sich, dass die Vereinten Nationen ihren Auftrag endlich erfüllen und Sicherheit und Menschenrechten in allen Regionen der Welt zum Durchbruch verhelfen würden. Humanitäre Katastrophen wie in

Äthiopien, Liberia oder Somalia trafen die Öffentlichkeit in Europa deshalb ins Mark. Sollte jetzt doch alles weitergehen wie bisher und Millionen von Menschen von Krieg und Hunger dahingerafft werden? Den massenmedialen Diskurs prägte viel stärker als heute eine gefühlte moralische Verpflichtung der Staaten des Nordens und der UNO helfend zu intervenieren. Relativ rasch stellte man jedoch fest, dass die westlichen HelferInnen nicht überall gleichermassen willkommen waren. So geschah die Rückbesinnung auf das Konzept der humanitären Intervention, welches seine erste Hochblüte bereits in den 1870er-Jahren erlebte. Die Hilfeleistung für Opfer von Menschenrechtsverletzungen sollte notfalls auch mit militärischer Gewalt und gegen den Willen lokaler Regierungen durchgesetzt werden. Das ist der Kerngedanke der humanitären Intervention.

Innerlinke Debatte

Im Kalten Krieg sammelte sich die friedenspolitische Linke hinter dem Slogan «Nie wieder Krieg!». Nun wurde dieser Grundsatz plötzlich aus den eigenen Reihen heraus kritisiert. Man hielt ihm die Parole «Nie wieder Auschwitz!» entgegen. Das prominenteste Beispiel für diesen Sinneswandel war der grüne deutsche Aussenminister Joschka Fischer, der unter diesem Titel die NATO-Bombardierungen während des Kosovo-Krieges legitimierte.

Die Diskussion für und wider humanitäre Interventionen prägte den öffentlichen Dis-

kurs der 1990er-Jahre. Beendet wurde sie durch den Irak-Krieg 2003. Der Missbrauch des Konzeptes der humanitären Intervention durch die Bush-Regierung war ein derartiges Schmierentheater, dass das Konzept grundsätzlich delegitimiert wurde.

Und heute?

Kriegsführende Staaten kommunizieren heute wesentlich zurückhaltender als in den 1990er-Jahren was ihre Motive angeht. Damals wollte man der Weltöffentlichkeit Kriege «verkaufen», sie also von der Richtigkeit einer Intervention überzeugen. Heute will man nur noch ungestört Krieg führen können. Der Kosovokrieg wurde mit monatelangen Berichten über serbische Massaker an albanischen ZivilistInnen eingeleitet. Die Intervention in Mali wurde hingegen im Schatten vorbereitet, ohne

die Weltöffentlichkeit mit Schreckensberichten darauf einzustimmen. Gesprochen wurde allenfalls noch über die Gefährlichkeit der Islamisten. Die Opfer des bereits seit Monaten schwelenden Bürgerkrieges sind hingegen in der europäischen Öffentlichkeit kaum ein Thema.

Das Versäumnis der Linken ist, dass auch sie sich nur noch für die Kriegsparteien interessiert. USA gegen Ghaddafi, Assad gegen die Rebellen, Frankreich gegen die Islamisten. Wir sind damit in der Debatte um globale Sicherheit und Frieden um mindestens zwanzig Jahre zurückgefallen. Eine zeitgenössische Antikriegsbewegung müsste wieder die Opfer von Krieg und Menschenrechtsverletzungen in den Mittelpunkt stellen und Szenarien entwickeln, wie ihnen ein solidarisches Europa ohne Militäreinsatz helfen kann.

PRIVATARMEEN

Kein Aus für Aegis

Der Bundesrat hat seine Botschaft zum Gesetz mit dem verheissungsvollen Titel «Verbot von Privatarmeen» vorgestellt. Das Resultat ist ernüchternd, die Vernehmlassungsantwort der GSoA ist noch genau so aktuell wie nach dem ersten Entwurf des Bundesrates. Von Jo Lang*

«Mächtige Söldnerflotte soll Piraten abschrecken», «Glencore-Präsident plant Kriegsflotte gegen Piraten», solche Meldungen erregten Mitte Januar Aufsehen. Da wollen private Multis eigene Söldnerarmeen aufbauen, um ihre Schiffe zu schützen. In einer späteren Phase wären es dann Plantagen, Goldminen, Kupferhütten, Häfen. Einer der beiden Köpfe des aktuellen Vorhabens ist der Glencore-Verwaltungsratspräsident Simon Murray. Der 72-jährige hatte als Fremdenlegionär in den frühen 60er-Jahren für das französische Kolonialregime gegen die algerische Befreiungsbewegung gekämpft.

Ernüchternde Antworten

Dass Multis nicht nur Minister und Abgeordnete kaufen und Richter und Beamte bestechen, sondern sogar eine eigene Söldnerarmee unterhalten, ist für jede/n DemokratIn eine Horror-Vorstellung. So war es beruhigend, einige Tage später, eine bundesrätliche Medienmitteilung mit folgendem Titel lesen zu können: «Söldnerfirmen in der Schweiz

verbieten».

Aber bereits das, was im Pressecommuniqué unterhalb des verheissungsvollen Titels steht, widerspricht diesem. Der erste bundesrätliche Zwischentitel lautet: «Keine Teilnahme an Feindseligkeiten». Wie soll jemand, den es gar nicht mehr gibt, an der Teilnahme an irgendetwas gehindert werden? Der erste Satz gibt dann eine höchst ernüchternde Antwort auf diese Frage: «Das neue Gesetz verbietet in der Schweiz ansässigen Sicherheitsunternehmen, unmittelbar an Feindseligkeiten im Rahmen eines bewaffneten Konflikts im Ausland teilzunehmen.» Dieser Satz heisst im Klartext: Das neue Gesetz lässt es zu, dass «Sicherheitsunternehmen» a) im «Rahmen eines bewaffneten Konflikts im Ausland» agieren und b) mittelbar daran teilnehmen dürfen.

Nehmen wir an, «Angestellte» eines «Sicherheitsunternehmens» bewachen ein militärisches oder ziviles Objekt in Afghanistan. Nun wird dieses von den Taliban angegriffen. Die Bewachungs-«Angestellten» schiessen zurück. Ist das keine «unmittelbare Teilnahme an Feindseligkeiten»?

Leichte Menschenrechtsverletzungen ok?

Weiter heisst es in der Medienmitteilung: «Die Sicherheitsunternehmen dürfen auch keine Tätigkeiten ausüben, die schwere Menschenrechtsverletzungen begünstigen. Untersagt ist beispielsweise der Betrieb eines Gefängnisses



in einem Staat, in dem bekanntermassen gefoltert wird.» «Leichte» Menschenrechtsverletzungen dürfen also begünstigt werden? Eine Söldnerfirma darf in einem Folterstaat kein Gefängnis betreiben, aber die anderen Tätigkeiten sollen ihr in einem solchen Staat erlaubt sein? Wie will die Schweiz die «Tätigkeiten» der Söldner und ihrer Firmen kontrollieren und überprüfen?

Schlupfloch für Aegis

Die bundesrätlichen Bestimmungen sind derart vage, dass es beispielsweise für die Basler Aegis Group überhaupt nicht das Aus in der Schweiz bedeuten muss. Sie wird beteuern, dass sie in Kriegsgebieten nicht «unmittelbar an Feindseligkeiten» teilnehmen oder «keine Tätigkeiten ausüben» wird, die «schwere Menschenrechtsverletzungen begünstigen». Und den für Schweizer Söldnerunternehmen obligatorische «International Code of Conduct für Private Security Services Providers» kann Aegis sowieso problemlos unterzeichnen, weil er ja von den Söldnerfirmen selber stammt. Vergessen wir nicht, warum Aegis nach Basel gekommen

ist. Nicht wegen den Steuern, sondern wegen den drei schweizerischen «Brands» Neutralität, humanitäre Tradition und Depositarstaat der Genfer Abkommen.

Rassismus

In seinem ersten Interview als neuer Glencore-Chef wettete Simon Murray im «Sunday Telegraph» gegen Afrikaner, welche sich «auf betrügerische Art und Weise» Asyl erschleichen und «die wir dann nicht mehr loswerden». Das sagte ein ehemaliger Kolonialkrieger, der auf afrikanischem Boden gegen Afrikaner gekämpft hat und der sich heute an afrikanischen Rohstoffen bereichert, die von schlecht bezahlten Afrikanern aus dem afrikanischen Boden geholt werden.

Der Rassismus ist ein Charaktermerkmal der Söldnerfirmen. Das hat auch damit zu tun, dass ihre Ursprünge im südafrikanischen Apartheidregime liegen. Auch deshalb sind sie zu verbieten.

*Jo Lang hat 2010 die Motion «Verbot von Privatarmeen» eingereicht. Sie wurde später von beiden Kammern überwiesen.

Globaler Aktionstag gegen Militärausgaben

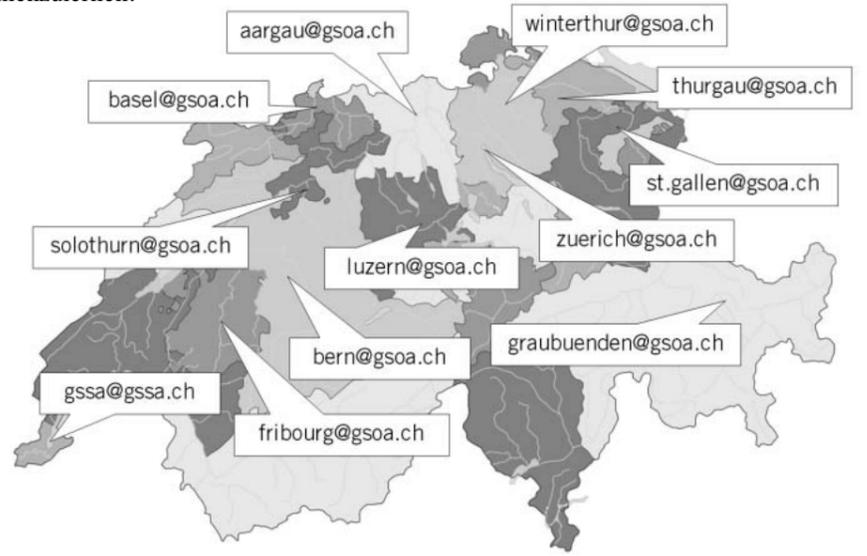
(fb) Am 15. April 2013 findet der dritte Global Day Against Military Spending (GDAMS) statt. AktivistInnen rund um den Globus werden mit kreativen Aktionen gegen die Milliardenausgaben für Rüstung und Krieg protestieren. Für das Jahr 2011 werden die weltweiten Militärausgaben auf mehr als 1'738 Milliarden Dollar geschätzt, das sind fast 250 Dollar pro Kopf.

Der GDAMS 2012 war ein grosser Erfolg. AktivistInnen führten rund 140 Aktionen in 43 Ländern durch. Die GSoA beteiligte sich mit Aktionen in Bern, Genf, Luzern und Zürich. Auch 2013 will die GSoA wieder mit aufsehenerregenden Protesten gegen milliarden-schwere Rüstungsgeschäfte präsent sein. Weitere Informationen zu unseren Aktionen im Rahmen des GDAMS finden sich bald auf unserer Website www.gsoa.ch. Bilder der vergangenen Aktionen und der Aufruf zum diesjährigen Aktionstag finden sich auch auf www.demilitarize.org.



Aktiv werden in Deiner Region

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Aktuell bereiten wir uns auf die Abstimmung zur Wehrpflichtinitiative vor. Ein Referendum gegen neue Kampfjets liegt in der Luft, wir sind froh um jedes Engagement Deinerseits. Lust, aktiv zu werden? Dann melde Dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, Dich kennenzulernen!



Wir sind auf Deine Spende angewiesen

Der Abstimmungskampf für die Wehrpflichtinitiative und das Referendum gegen die neuen Kampfjets werden uns sehr viel Geld kosten. Die Aktivitäten der GSoA sind zwar immer vom starken Engagement unserer AktivistInnen abhängig. Dennoch braucht es Geld, zum Beispiel für Plakate und Inserate. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein ermöglichst Du uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen und trägst damit unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei. **Herzlichen Dank!**



GREGOR,
das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:
www.youtube.com/user/GregorsGunTV



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Strasse/Nummer _____

PLZ/Wohnort _____

Tel. _____

E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	Kampfjet-Button		Fr. 1.-	
	T-Shirt Kampfjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt Kampfjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	GSoA-Schlüsselbündel		Fr. 10.-	
	Friedensfahne (PACE)		Fr. 12.-	
	Diverse Kleber		kostenlos	
	Versandkostenanteil			Fr. 4.80

Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-

Spende Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-

Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

Rechnungsbetrag

Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, www.gsoa.ch/material



Impressum

Redaktion: Patrick Angele (pa), Franziska Bender (frb), Cordula Bieri (cb), Felix Birchler (fb, verantwortlich), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Stefan Dietiker (std), Adi Feller (ad), Fabian Hubeli (fh), Chrigi Hug (ch), Karin Jenni (kj), Josef Lang (jl), Reto Moosmann (rm), Beni Müller (bm), Martin Parpan (mp), Seraina Patzen (sp), Nikolai Prawdzc (np), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw), Remo Ziegler (rz), Jonas Zürcher (jz)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Druck:** ROPRESS Zürich

Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- / 10.- PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.